Porträt

Dr. Wilhelm Lenz (CDU)

Über Dr. Wilhelm Lenz, den CDU-Politiker, einstigen Fraktionsvorsitzenden, Oppositionsführer und Ministerpräsidenten-Kandidaten seiner Partei, ein Porträt zu schreiben, würde nicht schwerfallen. Den Landtagspräsidenten gleichen Namens würdigen zu wollen, ist kaum ein Vierteljahr nach seiner Wahl in dieses hohe Amt unmöglich.

Die siebente Wahlperiode, für die Dr. Lenz am 27. Juli dieses Jahres als Nachfolger von Ernst Gnoss, Robert Lehr, Josef Gockeln, Wilhelm Johnen, Josef Hermann Dufhues und John van Nes Ziegler berufen wurde, ist erst „vier Plenarsitzungen alt". Allerdings: Es kündigen sich Veränderungen sowohl innerhalb der parteipolitischen Landschaft als auch auf parlamentarischer Ebene an. Da man in naher Zukunft wahrscheinlich mit noch knapperen Mehrheitsverhältnissen im Landtag als bisher wird rechnen müssen, dürfte bereits mit den nächsten Sitzungen die erste „heiße Phase" für den Präsidenten beginnen.

Sie wird von ihm jene Art der Amtsführung erfordern, die Wilhelm Lenz unmittelbar nach seiner Wahl für sich, für die neuen Vizepräsidenten, aber auch für die Fraktionen so umschrieb: „Diese Arbeit sollten wir trotz aller politischen Gegensätze, die sein müssen, in jener sachlichen Atmosphäre vollziehen, die dieses Parlament seit seinem Bestehen ausgezeichnet hat."

Diesen Landtag kennt sein neuer Präsident seit mehr als zwölf Jahren. Als der damals 37jährige Kölner im Juli 1958 als Abgeordneter ins Haus am Kaiserteich zog, war noch sein wenige Monate später tödlich verunglückter Parteifreund Josef Gockeln Landtagspräsident, stellte die SPD mit Alfred Dobbert zum vierten Male den Vizepräsidenten, saß die heutige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages noch in den Reihen der F.D.P.-Landtagsfraktion.

Diese beinahe schon historischen Fakten findet man im Handbuch, das über Lenz selbst nur fünf Zeilen enthält. Sie umschreiben seinen nichtpolitischen Werdegang sogar in nur zwei dürren Zeilen: Geboren am 2. Juli 1921 in Köln; verheiratet, fünf Kinder, Abitur, Dr. phil., Geschäftsführer. Schon bei der letzten Angabe wäre zu ergänzen „...des Deutschen Beamtenbundes". Es ist ebenso erwähnenswert, daß der junge Philologe eine sprachwissenschaftliche Doktorarbeit über Georg Büchner schrieb, an einer privaten Abendschule Deutsch, Englisch und Geschichte lehrte und einmal davon geträumt haben soll, Publizist zu werden, was der Parlamentsjournalist um so lieber vermerkt, als sich ihm damit die Gelegenheit bietet, die Pressefreundlichkeit des Parteipolitikers Lenz zu loben und die gleiche Tugendübung vom Landtagspräsidenten Lenz zu erwarten.

In einem Porträt über den Landtagspräsidenten Lenz darf man Anmerkungen über den Politiker Lenz ungestraft vernachlässigen, da die Elle am Parteimann anzulegen wäre, von dem hier nicht die Rede ist. Als man noch über „diesen" Lenz schrieb, gab es Attribute in Hülle und Fülle. Sie reichten von „unauffällig im Auftreten" und „ohne Neigung zu politischen Höhenflügen" bis „immens fleißig, zielstrebig und ehrgeizig". Man bescheinigte ihm „politisches Profil" sowie „überzeugende Haltung" und vermißte gleichzeitig „charismatische Züge" und eine „große Ausstrahlung". Auf der Wertungs-Waagschale lag hüben ein „klar denkender wie scharf analysierender Kopf" eines „mit allen kölnischen Wassern gewaschenen Taktikers" und häufte man drüben Lenzsche „pragmatisch-politische Fähigkeiten" und seine „Begabung", ein Team zu leiten.

Nun wohl: Ein Landtagspräsident zieht mit dem neuen Amt das Gewand des Politikers nicht aus. Parteiliche Überzeugung im besten Sinne dürfte parteiisches Handeln sogar ausschließen. Man darf daher dem Präsidenten des Hohen Hauses sogar wünschen, daß er diese ihm zugeschriebenen Eigenschaften in das neue neutrale Amt mitnehmen möge. Sie sind der handwerkliche Nachweis eines, wie Wilhelm Lenz sich selbst schlicht nennt, „praktizierenden Demokraten".

Max Karl Feiden

(Erschienen am 8. Oktober 1970)

Glückwunsch zum 20.

Von
Dr. Wilhelm Lenz
Präsident des Landtags 1970 bis 1980

Ende der sechziger Jahre — ein Viertel-Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg — war die Gesetzgebungsarbeit des Landtags im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau unserer kriegszerstörten Heimat im wesentlichen vollendet. Die Länderparlamente gerieten zwischen kommunaler Selbstverwaltung und Bundespolitik etwas ins Abseits der öffentlichen Betrachtung. Die internationale Entwicklung und die Europäische Gemeinschaft verstärkten dies.

Damals überlegten wir Maßnahmen, dem Trend gegen den Länderföderalismus zu begegnen. Die Begründung von „Landtag intern" ist eine davon. Diese Zeitschrift sollte die Interessierten in Nordrhein-Westfalen über die Landespolitik und die Arbeit im Landtag, seinen Fraktionen und Ausschüssen sowie der Abgeordneten ausführlicher und umfassender informieren, als das damals in den Medien geschah. Das angebotene Wissen sollte objektiv, sachgerecht, ohne Schlagseite und allgemeinverständlich aufbereitet werden. Leser und Leserinnen sollten sich fortlaufend ein verläßliches Bild über die akuten Fragen der Landespolitik u. a. auch über die Mitwirkung „ihres" Abgeordneten und „ihrer" Partei machen können. Unser Angebot sollte für jeden kostenlos sein.

Verläßlicher Informant

Die damals gestellte Aufgabe ist erfüllt worden. Die schnell steigende Auflage und die Ergebnisse einer nach einigen Jahren veranstalteten Leserumfrage beweisen das.

Ausreichende Information ist unerläßliche Voraussetzung für die Urteilsfähigkeit. Die Zeitschrift hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen sich ein umfassendes Urteil in einem wichtigen Bereich der Innenpolitik bilden können. „Landtag intern" ist bis heute ein interessanter, verläßlicher, sachkundiger und objektiver Informant für unsere Bürgerschaft geblieben. Dafür danke ich als heute noch interessierter Leser allen Mitwirkenden, vor allem den hauptberuflichen. Vielleicht gibt das Jubiläum Veranlassung, die politische Zielsetzung, die redaktionelle Linie, die äußere Aufmachung zu überprüfen und die Ergebnisse einer erneuten Leserumfrage dafür zugrundezulegen.

Nordrhein-Westfalen wird sich nach Eintritt der bevorstehenden Einheit Deutschlands in einem erheblich größeren Kreis von Bundesländern erneut mit um einen modernen funktionierenden Föderalismus kümmern müssen. Dieser bleibt, auch wegen der zu erwartenden Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, lebenswichtig für Freiheit, Menschenwürde und Interessenausgleich der Menschen in unserem Lande. Die politischen Probleme, die uns dabei erwarten, wachsen; sie werden nicht geringer.

„Landtag intern" möge auch in Zukunft mit seinem Bemühen, durch seine Vermittlung der Landespolitik die Bürgerinnen und Bürger überzeugend anzusprechen, vollen Erfolg haben; das wünsche ich, verbunden mit Anerkennung und Dank, sehr herzlich.